

Pressekonferenz, 23. November 2015, Berlin

Moderate Schlagzahl im Fahrwasser der schwächeren Weltwirtschaft

IW-Konjunkturprognose und IW-Konjunkturmfrage Herbst 2015

Statement

Prof. Dr. Michael Hüther
Direktor
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Es gilt das gesprochene Wort

1. Große Herausforderungen für Unternehmen, Gesellschaft und Staat

Die deutsche Wirtschaft bewegt sich hinein in unbekannte Gewässer. Eine schwächer laufende Weltwirtschaft ist zwar nichts Neues. Unbekannt sind jedoch die Auswirkungen der seit langer Zeit – lässt man das Krisenjahr 2009 außen vor – wieder rückläufigen globalen Investitionstätigkeit. Wir erleben derzeit einen Rückschritt in der Globalisierung: Der Welthandel expandiert im Verhältnis zur Industrieproduktion so schwach wie noch nie innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts. Viele Schwellenländer suchen eine Neuorientierung bei ihrer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundausrichtung und den Rohstoffländern fehlen die über lange Zeit gewohnten Einnahmen. Auch die aufkommende Erholung in Europa ist zu schwach, um einen eigenen namhaften Investitionszyklus zu starten. Zudem gibt es in Nordamerika Anzeichen für eine Abschwächung. Der Abriss des globalen Investitionsbooms bleibt schließlich nicht ohne Folgen für die deutsche Wirtschaft, die vergleichsweise stark auf die Produktion und den Handel von Investitionsgütern ausgerichtet ist.

Unbekannt sind auch die gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen der im Jahresverlauf 2015 enorm angestiegenen Flüchtlingszuwanderungen sowie der nach den Terrorattacken in Paris veränderten Sicherheitslage. Diese Entwicklungen stellen große Herausforderungen dar und erfordern eine hohe Flexibilität bei den Unternehmen, in der Gesellschaft und beim Staat.

Der schreckliche Terrorakt in Paris wirft Fragen nach den konjunkturellen Effekten auf. Manche sahen sich auf die Schnelle dazu in der Lage, dramatische Verläufe zu beschreiben. Richtig ist: Die Unsicherheit steigt zwar, und sicherlich erhöhen sich auch die Kosten für die Unternehmen, beispielsweise durch die vermehrten Grenzkontrollen. Wir erwarten indes keine spürbaren gesamtwirtschaftlichen Effekte, weil die Grundrichtung der Konjunktur aufwärts gerichtet bleibt und viele entlastende Effekte – wie der niedrige Ölpreis und die niedrigen Zinsen – weiter wirken.

Tatsächlich haben auch die Börsen Robustheit gewahrt, da durch die aktuellen Anschläge Unternehmensprozesse und Geschäftsmodelle nicht nachhaltig geschädigt werden. Sorgen müsste man sich dann machen, wenn die Regierungen Europas als Reaktion auf die Gefährdungslage die Grenzen wieder errichten würden. Einschränkungen der Grundfreiheiten wären nicht gut für die Unternehmen und damit die Arbeitsplätze, die heute mehr und mehr auf den internationalen Handel ausgerichtet sind. Davon gehen wir aber nicht aus.

Wir stellen Ihnen heute die Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage und die aktuelle IW-Konjunkturprognose vor. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln erwartet für das Jahr 2016 nur ein Wirtschaftswachstum von 1 ½ Prozent. Dabei sind die positiven konjunkturellen Impulse durch die Flüchtlingszuwanderungen schon berücksichtigt. Die Reihe bescheidener Wachstumsjahre setzt sich also fort. Dies liegt an den gebremsten Exportzuwächsen in einer von institutio-

nellen Unsicherheiten und Neuformierungen geprägten Weltwirtschaft. Damit bleiben auch die Investitionen hierzu-lande in Lauerstellung. Markante Konjunkturimpulse kommen dagegen von den privaten und öffentlichen Konsumausgaben sowie vom Wohnungsbau. Im kommenden Jahr wird die Anzahl der Erwerbstätigen, aber auch die der Arbeitslosen ansteigen. Trotz der zusätzlichen Staatsausgaben infolge der Flüchtlingszuwanderung kann ein Staatsdefizit verhindert werden.

2. Weltwirtschaftliche Neuorientierung durch Neuformierung der Schwellenländer

Die Weltkonjunktur wurde im Jahr 2015 entscheidend von der Schwäche wichtiger Schwellenländer geprägt. Während sich die wirtschaftliche Lage in den Industrieländern weitgehend stabilisiert hat, befinden sich Russland und Brasilien in einer Rezession und die chinesische Wirtschaft verliert an Dynamik. Mit Blick auf die gesamten Schwellen- und Entwicklungsländer wird in diesem Jahr mit 4 Prozent das schwächste Wirtschaftswachstum seit dem Jahr 2001 realisiert. Die Wachstumsdifferenz zwischen den aufstrebenden und den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich auf 2 Prozentpunkte halbiert – das ist ebenfalls der mit Abstand niedrigste Wert seit der Jahrtausendwende.

In den Schwellenländern geht es nicht mehr so steil bergauf. Das „Neue Normal“ heißt merklich niedrigere Expansionsraten und damit auch niedrigere Wohlstandsgewinne. Hier

spiegeln sich die ungelösten Governance-Probleme vieler aufstrebender Volkswirtschaften wider. Diese reduzieren auch die Standortvorteile, die zumindest seit der Jahrtausendwende für imposante Fortschritte bei der Formierung von Sachkapital und der Diffusion moderner Technologie gesorgt haben. In vielen Ländern stehen wichtige gesellschafts- und wirtschaftspolitische Weichenstellungen an und in dieser Zeit der Neuorientierung und Neuformierung dominieren Vorsicht und Zurückhaltung.

In den USA wird die Wirtschaftsleistung im Jahr 2016 ähnlich wie 2015 um rund 2 ½ Prozent zulegen. Am Arbeitsmarkt sind enorme Verbesserungen sichtbar. Die Zinswende steht an, die Geldpolitik wird aber expansiv bleiben. Dies deutet auf die moderaten wirtschaftlichen Perspektiven der USA hin und zeigt, dass auch sie sich nicht dem schwächeren globalen Umfeld entziehen können.

Im Euroraum hat sich die bescheidene Erholung fortgesetzt. Eine deutliche Belebung wird sich 2016 wegen der anhaltenden Strukturprobleme jedoch nicht zeigen. Diese offenbaren sich auch in der in vielen Ländern hartnäckig hohen Arbeitslosigkeit. Eine ökonomische Neuformierung ist auch hier erforderlich. Die Investitionstätigkeit bleibt zurückhaltend – was auch die institutionellen Unsicherheiten in der EU widerspiegelt.

3. Gegenwinde beim deutschen Außenhandel

Inmitten dieses gebremst dynamischen globalen Umfelds wird der deutsche Außenhandel von den folgenden Faktoren beeinflusst:

1. Die steigenden industriellen Lohnstückkosten belasten die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft.
2. Die Abwertung des Euro gegenüber einer Reihe wichtiger Währungen kann zum Teil diesem Wettbewerbsnachteil entgegenwirken. Allerdings könnte die VW-Affäre dazu beitragen, dass sich die Verhandlungsposition deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten schwieriger gestaltet, und Preiszugeständnisse erwarten lässt.

Es verwundert nicht, dass sich die Exportperspektiven der deutschen Unternehmen seit dem Frühjahr eingetrübt haben. Nach wie vor dominieren mit gut einem Viertel der befragten Unternehmen diejenigen, die für 2016 steigende Exporte erwarten. Im Frühjahr war es knapp ein Drittel. Der Anteil der mit stagnierenden Ausfuhren rechnenden Firmen stieg entsprechend an, weil der Anteil der Firmen mit rückläufigen Exporterwartungen mit 12 Prozent gleich blieb. Die Eintrübung der Exportperspektiven ist in der Industrie stärker ausgeprägt als in anderen Branchen, in Westdeutschland deutlich stärker als in Ostdeutschland. Allerdings ist zu bemerken, dass die Exporterwartungen der ostdeutschen Firmen im Frühjahr bereits erheblich schlechter waren.

Somit werden die realen Exporte von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2016 nur um 3 ¼ Prozent zulegen. Die gute Konsumkonjunktur sorgt weiterhin für höhere Importzuwächse. Die realen Importe werden 2016 um 4 Prozent ansteigen. Der Außenbeitrag wird somit das gesamtwirtschaftliche Wachstum insgesamt leicht abbremsen.

4. Zurückhaltung bei Ausrüstungsinvestitionen und eine gespaltene Baukonjunktur

Die realen Ausrüstungsinvestitionen kommen hierzulande trotz der im Jahr 2014 einsetzenden Aufwärtsbewegung nur moderat von der Stelle. Den enormen geldpolitischen Impulsen gelingt es nicht, die Zurückhaltung der Unternehmen zu brechen. Die Staatsschulden- und Strukturkrise in Europa und nunmehr die schwächere Expansion in den Schwellen- und Entwicklungsländern lasten auf den Investitionsanreizen in Deutschland. Die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen tragen ebenfalls ihren Teil zur Zurückhaltung bei. Im Prognosezeitraum bestimmt Folgendes die Ausrüstungsinvestitionen:

1. Die Finanzierungsbedingungen bleiben sehr günstig.
2. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist durchschnittlich, was Erweiterungsinvestitionen weniger notwendig erscheinen lässt.

3. Kostennachteile – zum Beispiel bei Arbeit und Energie – forcieren eher die Substitution von Inlands- durch Auslandsinvestitionen.
4. Die Digitalisierung hat bislang noch keinen Investitionsschub ausgelöst. Dies ist einerseits in Sorgen über den Datenschutz und in der Ungeklärtheit der Dateneigentumsrechte begründet, zum anderen in einer noch fehlenden strategischen Verankerung des Themas Industrie 4.0.

Die weiterhin moderate Investitionstätigkeit spiegelt sich auch in der IW-Konjunkturumfrage vom Herbst 2015 wider. Die Investitionsabsichten haben sich gegenüber dem Frühjahr ebenfalls zurückgebildet. Nunmehr gehen knapp 35 Prozent der deutschen Firmen von höheren Investitionen im Jahr 2016 und 19 Prozent von niedrigeren Investitionen als in diesem Jahr aus. Auch hier ist ein erheblicher Pessimismus unter den ostdeutschen Unternehmen zu beobachten: Während ein Fünftel höhere Investitionen plant, geht ein Viertel von einem Rückgang aus. Die im Vergleich mit den vorhergehenden Umfragen sichtbaren Schwankungen beim Saldo aus positiven und negativen Meldungen signalisieren das unsteigende Investitionsklima in Deutschland. All dies spricht dafür, dass die realen Ausrüstungsinvestitionen 2015 und 2016 ihren Vorjahreswert nur um jeweils rund 3 Prozent übertreffen werden. Dies ist kein Kennzeichen eines tragenden und ausreifenden Investitionszyklus hierzulande.

An der gespaltenen Baukonjunktur in Deutschland wird sich weiterhin nichts Grundlegendes ändern:

1. Die anhaltende Vorsicht bei den unternehmerischen Investitionen wird den Gewerbebau kaum von der Stelle kommen lassen.
2. Der Wohnungsbau bleibt wegen der gedämpften, aber günstigen Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung sowie der niedrigen Finanzierungskosten auf Expansionskurs. Die nicht zuletzt auch durch die Flüchtlinge zusätzlich angetriebene Zuwanderung in die Ballungszentren begünstigt zunehmend den Geschosswohnungsbau.
3. Der öffentliche Bau erfährt im Zeitverlauf ebenfalls zunehmende Impulse infolge der starken Flüchtlingszuwanderungen. Es ist gleichwohl nicht abzuschätzen, inwieweit dies zu einer Verschiebung von anderen öffentlichen Baumaßnahmen führen wird. Für solche Substitutionseffekte sprechen auch mögliche angebotsseitige Beschränkungen in der Bauwirtschaft in der kurzen Frist.

Vor diesem Hintergrund werden die realen Bauinvestitionen im Jahr 2015 um knapp 1 Prozent zulegen. Für das kommende Jahr wird ein Plus von gut 2 Prozent erwartet.

5. Vielfältige Rückenwinde für den Konsum

Der Konsum war in den letzten Jahren der größte Konjunkturtreiber in Deutschland. Die Arbeitsmarkt- und Einkommens-

entwicklung sowie die geringere Sparneigung erklären dies. Im Jahresverlauf 2015 bekam die Konsumkonjunktur durch die positiven Kaufkrafteffekte der deutlich gesunkenen Energiepreise kräftig Rückenwind. Im Prognosezeitraum wird der Private Konsum von den folgenden Faktoren beeinflusst:

1. Die hohe Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland beeinflusst im gesamten Prognosezeitraum vorwiegend den Staatskonsum. Die monetären Transfers begünstigen allmählich den Privaten Konsum – im kommenden Jahr um fast 10 Milliarden Euro oder um $\frac{1}{2}$ Prozent.
2. Der anhaltende, wenngleich abgeschwächte Beschäftigungsaufbau und die damit einhergehenden Einkommenszuwächse treiben auch im kommenden Jahr den Konsum an.
3. Steuerliche Maßnahmen – zum Beispiel die Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags und der teilweise Abbau der kalten Progression – sowie das kräftige Rentenplus erhöhen die verfügbaren Einkommen.
4. Stimulierend wirkt weiterhin das Niedrigzinsumfeld.
5. Infolge der stark gefallen Energiepreise herrscht hierzulande im Jahr 2015 nahezu Preisstabilität. Da für 2016 mit ähnlich hohen Energiepreisen gerechnet wird, entstehen keine zusätzlichen Kaufkraftgewinne. Die Inflationsrate wird sich im Jahr 2016 auf $1 \frac{1}{4}$ Prozent belaufen.

Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte werden im Jahr 2016 um gut 1 ½ Prozent über dem Vorjahreswert liegen. Der Staatskonsum wird um rund 2 Prozent ansteigen.

6. Produktion kommt wenig von der Stelle

Der konsumgetriebene Rückenwind für die deutsche Wirtschaft flaut im kommenden Jahr kaum ab. Die weltwirtschaftlichen Gegenwinde sorgen jedoch für konjunkturelle Richtungsprobleme. All dies nimmt Fahrt aus den Konjunkturperspektiven in Deutschland.

Die Produktionserwartungen der deutschen Unternehmen für das Jahr 2016 fallen auf Basis der IW-Konjunkturumfrage vom Herbst 2015 schwächer aus als im Frühjahr 2015 für das Jahr 2015. Gleichwohl gehen knapp 38 Prozent von einer höheren Produktion im kommenden Jahr aus, gut 14 Prozent sehen dagegen einen Rückgang. Die verbleibenden 48 Prozent erwarten eine Stagnation. Der im Vergleich zum Frühjahr um 5 Prozentpunkte niedrigere Anteil der Optimisten ist größtenteils in das Lager der Unternehmen mit nunmehr stagnierender Produktion gewandert. Gemessen an dem Anteil der Pessimisten ist die Rezessionsgefahr seit dem Frühjahr somit nicht angestiegen.

Mit Blick auf die Wirtschaftsbereiche gibt es nur überschaubare Differenzen zwischen den Erwartungen der Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Der Anteil der Optimisten ist mit knapp 39 Prozent gleich hoch. In der Industrie ist aller-

dings der Anteil der Pessimisten mit 17 Prozent um 5 Prozentpunkte höher als bei den Dienstleistern. Erheblich zurückhaltender fallen die Produktionserwartungen in der Bauwirtschaft aus, wo 27 Prozent einen Zuwachs und 19 Prozent einen Rückgang im Jahr 2016 erwarten. Auch bei den Produktionsperspektiven geben die ostdeutschen Betriebe ein auffällig schlechteres Bild ab als die westdeutschen Firmen. Dies liegt in erster Linie an den stärker eingetrübten Industrie- und Dienstleistungsperspektiven.

7. Folgen des Flüchtlingszustroms (1): Chancen und Belastungen für den Arbeitsmarkt

Trotz der gestiegenen Unsicherheit bleiben die Beschäftigungserwartungen der deutschen Unternehmen für das Jahr 2016 auf Basis der IW-Konjunkturumfrage zuversichtlich. Sie fallen ebenfalls zurückhaltender aus als im Frühjahr. Gleichwohl berichten 28 Prozent der Firmen von zunehmender Beschäftigung im kommenden Jahr. Der Anteil der Betriebe, die mit einer geringeren Mitarbeiterzahl rechnen, liegt bei 17 Prozent. Diese gesamtdeutschen Werte decken sich weitgehend mit den westdeutschen Erwartungen. In den ostdeutschen Firmen ist dagegen der Anteil der Betriebe mit positiven und negativen Beschäftigungsplänen mit gut einem Fünftel nahezu gleichauf. Die größten gesamtdeutschen Beschäftigungsimpulse kommen aus dem Dienstleistungssektor, wo ein Drittel mit steigender und nur 15 Prozent mit rückläufiger Belegschaft planen. Während im Industriebereich die beschäftigungsschaffenden Betriebe leicht dominieren, ist

in der Bauwirtschaft der Anteil der Firmen mit rückläufiger Beschäftigung marginal höher.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes wird im Jahr 2016 auch vom Angebotsschock determiniert, der durch den ungewöhnlich hohen Zustrom von Migranten und Flüchtlingen hervorgerufen wird. Die große Unsicherheit über die Höhe der gegenwärtigen und unmittelbar anstehenden Flüchtlingszuwanderung stellt ein nicht unerhebliches Prognoserisiko dar. Dies verdeutlicht um ein weiteres Mal die (eingeschränkten) Erwartungen, die generell an eine Konjunkturprognose gestellt werden können. Eine Prognose hängt von den zugrunde liegenden Annahmen ab. Verändern sich diese Setzungen merklich, dann führt dies auch zu entsprechenden Prognoseanpassungen.

Im Jahresverlauf 2015 wird in Deutschland mit 900.000 Flüchtlingen gerechnet, im Verlauf des Jahres 2016 kommen 600.000 Personen hinzu. Dies ist eine Annahme, keine Prognose! Von den im Jahr 2016 zusätzlich in den Arbeitsmarkt eingetretenen Flüchtlingen können rund 80.000 erwerbstätig und 237.000 Personen zunächst erwerbslos sein. Ein Teil dieser Erwerbslosen wird in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gefördert und daher nicht als arbeitslos gezählt. Die Anzahl der Arbeitslosen wird im Jahr 2016 somit nur um rund 120.000 Personen zunehmen. Die Arbeitslosenquote steigt auf – im historischen Kontext und im europäischen Vergleich immer noch sehr niedrige – 6 ½ Prozent. Nach einem Beschäftigungsaufbau in Höhe von fast 300.000 Personen in

diesem Jahr wird die Beschäftigung im Jahr 2016 um ½ Prozent auf einen jahresdurchschnittlichen Rekord von 43,25 Millionen Personen weiter ansteigen.

8. Folgen des Flüchtlingszustroms (2): ausgeglichener Staatshaushalt in Gefahr

Die Kosten der Flüchtlingsaufnahme werden sichtbare Spuren in den öffentlichen Finanzen hinterlassen. Während der gesamte Staat im Jahr 2015 immerhin noch einen merklichen Überschuss in Höhe von 23 Milliarden Euro erzielen wird, schmilzt dieser im Jahr 2016 fast vollständig auf 2 Milliarden Euro oder 0,1 Prozent des BIP. Aufgrund der schwer abschätzbaren Anzahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge und ihrer Beschäftigungsfähigkeit sind sämtliche Kalkulationen mit einem Fragezeichen zu versehen. Im Jahr 2015 werden die für die Flüchtlingshilfe benötigten Steuermittel annahmegemäß auf etwa 6 Milliarden Euro veranschlagt, im Jahr 2016 auf 19 Milliarden Euro. Die weiterhin steigenden Staatseinnahmen verhindern im kommenden Jahr ein Abrutschen in die roten Zahlen.

9. Wirtschaftspolitik muss Raum für Anpassungen erhöhen

Rekordsteuereinnahmen, ausgeglichene Haushalte, sinkende Arbeitslosigkeit und ein historisch hohes Beschäftigungsniveau suggerieren das Bild eines andauernden Booms in Deutschland. Diese scheinbar sichere Situation führte zu

einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die zusätzliche Ausgabenprogramme beinhaltete, Kostennachteile verschärfte und Einschränkungen der unternehmerischen Flexibilität in Kauf nahm. Die damit einhergehenden Beeinträchtigungen am Standort Deutschland wurden lange von der positiven Konjunkturlage überdeckt. Die insgesamt schwache Investitionstätigkeit der letzten Jahre spiegelt nach unserer Auffassung auch die Standortverschlechterung wider.

Aktuell trüben sich die wirtschaftlichen Perspektiven ein und die nahe Zukunft ist von erheblichen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten geprägt. Dies verlangt eine wirtschaftspolitische Kurskorrektur. Die kurzfristigen Kostenfolgen und die mittel- bis langfristigen Integrationsherausforderungen der Flüchtlingszuwanderung bilden ein neues Element der Unsicherheit und zwingen auch die Unternehmen zu einer höheren Flexibilität. Die Wirtschaftspolitik muss dies unterstützen, indem sie die Kostenentwicklungen im Blick behält und die Reaktionsfähigkeit der Unternehmen stärkt, statt sie weiter einzuschränken.

I. Schwache Konjunktur und neue Herausforderungen verlangen nach mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt und auf den Gütermärkten. Einschränkungen bei der Zeitarbeit oder bei Werkverträgen verhindern flexible Anpassungen der Unternehmen an ein volatiles wirtschaftliches Umfeld. Um eine nennenswerte Anzahl zusätzlicher Menschen in Beschäftigung zu bringen, müssen die flexiblen Chancen am Arbeitsmarkt genutzt werden. Dazu gehört auch, Flexibilitäts-

elemente innerhalb des Mindestlohns für Gruppen von Zuwanderern nutzbar zu machen.

II. Es ist nicht die Zeit großer Verteilungsspielräume. Dies gilt sowohl für die Tarifvertragsparteien als auch für die Politik. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Auch für wachsende staatliche Ausgaben fehlt die wirtschaftliche Basis, zumal der gute Zustand der öffentlichen Haushalte vornehmlich durch steigende Einnahmen und niedrige Zinsen erreicht wurde.

III. Konsumtive Staatsausgaben insgesamt einbremsen und Raum für Investitionen schaffen. Die Bundesregierung hat erhebliche konsumtive Ausgabenprogramme (z. B. Mütterrente, Rente mit 63) auf den Weg gebracht. Nur durch eine Konsolidierung dieser Ausgaben können Freiräume für notwendige öffentliche Investitionen geschaffen werden. Auch die anstehenden Mehrkosten für die Bewältigung des Zustroms von Flüchtlingen müssen aus Überschüssen und Einsparpotenzialen in den Haushalten finanziert werden. Steuererhöhungen oder eine Verletzung der Schuldenbremse sind nicht angemessen.

IV. Wirtschaftspolitik im Zeichen der Flüchtlinge. Neben der kurzfristigen Hilfe muss heute schon Vorsorge dafür getroffen werden, um die mittel- und längerfristigen Herausforderungen bewältigen zu können. Dazu gehören hohe Anstrengungen zur Integration der Zuwanderer in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt. Die Möglichkeiten der Arbeits-

marktflexibilisierung müssen genutzt und Flüchtlingen zugänglich gemacht werden. Dauerhaft hoch bleiben wird der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum, Bildungsinfrastrukturen und Lehrern. Auch zusätzliche Ausgaben für Sozialleistungen werden längerfristig zu tragen sein. Die öffentlichen Haushalte sind heute nach einer Konsolidierungsphase in einem Zustand, der es ermöglicht, diese Herausforderung zu meistern.

V. Keine Einschränkung der EU-Grundfreiheiten. Wichtig bleibt, was bereits angesprochen wurde: Die Gefährdung durch den Terror darf nicht die Freiheitsrechte einschränken. Und das heißt hier: die vier Grundfreiheiten für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen innerhalb der Europäischen Union. Das sind die Pfeiler, die einen gemeinsamen Binnenmarkt tragen, die Währungsunion erst ermöglichen und die zu einem höheren Wohlstand aller Beteiligten führen.